



Parlamentsdienste
Services parlementaires

Parlamentsdienste des Grossen Rates
Postgasse 68
Postfach 562
3000 Bern 8
+41 031 633 75 81
www.be.ch/gr

Parlamentsdienste des Grossen Rates

Tätigkeitsbericht 2024

Inhaltsverzeichnis

1.	Parlamentsdienste	3
1.1	Schwerpunkte	3
1.2	Personelles und Organisatorisches.....	4
2.	Beratung Grosse Rat.....	4
3.	Kommissionendienst.....	4
3.1	Aufsichtskommissionen	5
3.2	Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK).....	5
3.3	Sachbereichskommissionen	6
3.3.1	Bildungskommission (BiK)	6
3.3.2	Gesundheits- und Sozialkommission (GSoK)	6
3.3.3	Bau-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK)	7
3.3.4	Sicherheitskommission (SiK)	7
4.	Rechtsdienst Grosse Rat	7
5.	Betrieb	8
6.	Weiteres.....	8
6.1	Wahlen ratseigener Organe und Wahlen der Gerichtsbehörden.....	8
6.2	Weitere Aufgaben	8

1. Parlamentsdienste

1.1 Schwerpunkte

Mit über 350 im Rat behandelten Geschäften blieb die Geschäftslast im Berichtsjahr wiederum hoch. Der Grosse Rat sass über 200 Stunden im Plenum. Dies entsprach praktisch der vollen Sitzungszeit, was folglich auch die Parlamentsdienste in der Vorberatung durch die Kommissionen und der Beratung im Plenum stark forderte. Damit konnte aber sichergestellt werden, dass per Ende Jahr lediglich zwei Vorstösse ins neue Jahr übertragen werden mussten, was im Vergleich mit anderen Parlamenten eher die Ausnahme darstellt.

Die Parlamentsdienste wurden massgeblich durch die Anpassung der Prozesse der Geschäftsverwaltungsapplikation (GEVER) in Anspruch genommen. Dank diesen Arbeiten konnten die Abläufe vereinfacht und die Zuständigkeiten zwischen Parlament und Verwaltung geklärt werden. Neu übernehmen die Parlamentsdienste die Aufbereitung und Publikation des Sessionsprogramms. Dies erlaubt es nun, dass die Sessionen in der mobilen Sitzungsvorbereitung gleich wie Kommissionsitzungen dargestellt werden. Intern führte dies zu einem massiven Aufwand bei der Umstellung und der Einführung des angepassten Systems. Unter der Federführung der Parlamentsdienste und dank der engen Zusammenarbeit mit den betroffenen Stellen der Staatskanzlei und der Unterstützung des Lieferanten der Software konnte das Projekt erfolgreich und termingerecht abgeschlossen werden.

Auf Beschluss des Büros konnten auch die Arbeitsumgebung des Grossen Rates und das Dienst-E-Mail eingeführt werden. Die Vorbereitung und Umsetzung erwiesen sich als aufwendig und konnten dank der Unterstützung des kantonalen Amtes für Informatik und Organisation (KAIO) erfolgreich umgesetzt werden. Während den Sessionen wurden dafür von Mitarbeitenden der Parlamentsdienste und des KAIO Kioske betrieben, die den Ratsmitgliedern bei der Einführung zur Seite standen. Neu können die Ratsmitglieder mit dem Badge auch im Rathaus Unterlagen ausdrucken.

Im Rahmen eines Pilotprojekts des KAIO («Hello Data») und in Umsetzung der Strategie und des Gesetzes über die digitale Verwaltung konnten die Parlamentsdienste alle ab 1. Juni 2014 öffentlich zugänglichen Daten des Grossen Rates in maschinenlesbarer Form aufbereiten und der interessierten Öffentlichkeit als «Open Government Data» in den gängigen Formaten zur Verfügung stellen. Bereits früher wurde die Datenbank der Interessenbindungen in Umsetzung einer Motion aus dem Grossen Rat maschinenlesbar aufgeschaltet.

Als erste Einheit wurde in den Parlamentsdiensten der neue Kantonale Arbeitsplatz KWP 10 eingeführt, der vollständig virtualisiert auf der Office365-Umgebung läuft. Umfassende Vorarbeiten und eine enge Begleitung bei der Einführung waren nötig, bis wesentliche Kinderkrankheiten ausgemerzt werden konnten. Zudem wird der Intranet-Auftritt kantonsweit auf eine neue Plattform gestellt und inhaltlich überarbeitet. Auch hier waren die Parlamentsdienste gefordert.

All diese Herausforderungen und Aufgaben konnten dank dem motivierten Team der Parlamentsdienste im Berichtsjahr umgesetzt werden oder befinden sich in Bearbeitung. Es zeigt sich aber auch, dass die Belastung, die vom ICT-Bereich ausgeht, mit den vorhandenen Ressourcen kaum mehr zu bewältigen ist und dass es hier künftig Anpassungen braucht.

1.2 Personelles und Organisatorisches

Die Parlamentsdienste sind in die vier Bereiche Beratung Grosse Rat, Kommissionendienst, Rechtsdienst Grosse Rat und Betrieb gegliedert. 33 Personen teilen sich 21 Vollzeitstellen (25 Frauen und 8 Männer). 21 Personen arbeiten Teilzeit (zwischen 30 und 70 Prozent), die restlichen 12 zwischen 80 und 100 Prozent. Die Parlamentsdienste bilden auch Hochschul-Praktikantinnen und -Praktikanten aus.

2. Beratung Grosse Rat

Der Bereich Beratung Grosse Rat ist verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung der Sessionen, die Organisation und Durchführung der Präsidiums- und Bürositzungen sowie die Unterstützung und Beratung des Grossratspräsidiums vor, während und nach den Sessionen. Dabei wird eng mit dem Amt für Regierungsunterstützung und politische Rechte sowie dem Amt für Zweisprachigkeit, Gesetzgebung und Ressourcen der Staatskanzlei zusammengearbeitet.

Die Dienstleistungen des Guichets, der zentralen Anlaufstelle für den Grossen Rat, umfassen die Betreuung des Sekretariats, die Erstellung und Publikation der Grossratsbeschlüsse (GRB) und der Beschlussdokumente des Grossen Rates, die Erfassung und Publikation der parlamentarischen Vorstösse in deutscher und französischer Sprache sowie deren Controlling, das Controlling der überwiesenen Auflagen der Kreditgeschäfte, der Planungserklärungen der Berichte sowie das Erfassen und Bearbeiten der Mutationen im Grossen Rat. Das Guichet unterstützt zudem die Leiterin des Bereichs Betrieb bei der Organisation und Durchführung der diversen Auftritte und Veranstaltungen des Grossratspräsidiums und des Büros.

Das Berichtsjahr war erneut durch eine anhaltend hohe Arbeitslast, verursacht durch eine Vielzahl an komplexen Geschäften des Grossen Rates, geprägt. Deren Vor- und Nachbearbeitung sowie auch deren Durchführung waren sehr aufwendig und zeitweise hektisch. Abänderungsanträge und Planungserklärungen wurden zunehmend sehr kurzfristig eingereicht, und es mussten vermehrt komplexe Verfahrensfragen unter hohem Zeitdruck beantwortet und erledigt werden. Hier war insbesondere die Leiterin Beratung stark gefordert. Der Eingang und die Bearbeitung einer sehr hohen Anzahl an parlamentarischen Vorstössen trugen ebenfalls zur hohen Arbeitslast bei.

Einen wesentlichen Zusatzaufwand stellten im Berichtsjahr die Trennung des RR/GR-Mandaten in die nun neuen GR/PARL- und RR-Mandanten sowie die Überarbeitung des Internetauftritts dar. Die beiden Projekte beschäftigten sowohl das Guichet wie auch die Leiterin Beratung das ganze Jahr über sehr stark. Mit der Mandantentrennung hat der Bereich Beratung zusätzliche Aufgaben von der Staatskanzlei übernommen. Im Wesentlichen sind dies die Traktandierung und Publikation der Sessionsgeschäfte, die Erstellung und Publikation des Sessionsprogramms sowie die Publikation der Referendumsvorlagen.

3. Kommissionendienst

Der Kommissionendienst stellt die organisatorische, inhaltliche und administrative Betreuung der acht ständigen parlamentarischen Kommissionen sicher und ist insbesondere für die Durchführung der Kommissionssitzungen verantwortlich. Die Kommissionssekretariate arbeiten dazu eng mit den verschiedenen Bereichen der Parlamentsdienste, den entsprechenden Direktionen und der Staatskanzlei sowie der Justiz zusammen.

Vor einigen Jahren wurde unter den Mitarbeitenden des Kommissionendienstes eine flexible Arbeitsweise und gleichzeitig Instrumentarien zur gegenseitigen Aushilfe eingeführt. Dies hat sich im Berichtsjahr wiederum bewährt, da die Belastungssituation der einzelnen Kommissionen erneut sehr unterschiedlich ausfiel. So konnten die Ressourcen effizient eingesetzt, Arbeitsspitzen aufgefangen und die sehr hohe Auslastung

einzelner Mitarbeitender ausgeglichen werden. In der Finanzkommission und in der Justizkommission fand ein Präsidiumswechsel statt.

Insgesamt hat der Kommissionendienst 351 Kommissions- und Ausschusssitzungen organisiert und durchgeführt. Der Kommissionendienst war ausserdem mit der Projektleitung und der Mitarbeit im Projekt zur Anpassung des GEVER-Systems auf technischer Ebene stark engagiert. Alle Prozesse zur Behandlung von Grossratsgeschäften in den Kommissionssekretariaten mussten überarbeitet und zusammen mit der Staatskanzlei und den Direktionen angepasst und umgesetzt werden. Das Team hat die Anpassungen mit viel Engagement und mit Blick auf Verbesserungen der Arbeitsweise und auf die vereinfachte Zusammenarbeit umgesetzt. Im Herbst konnten die neuen Prozesse eingeführt und die Trennung der Mandanten erfolgreich abgeschlossen werden.

3.1 Aufsichtskommissionen

Für die Berichterstattung der Aufsichtskommissionen wird auf die jeweiligen Tätigkeitsberichte verwiesen, die dem Grossen Rat in der Sommersession 2025 zur Kenntnis gebracht werden.

3.2 Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK)

Die Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK) hielt im Jahr 2024 21 Plenumsitzungen und 8 Ausschusssitzungen ab. Mitglieder der SAK vertreten den Kanton Bern zudem in mehreren interparlamentarischen Gremien: In diesem Rahmen fanden zusätzlich 15 Sitzungen statt.

Wie schon 2023 hat sich die SAK auch im Jahr 2024 mit dem Kantonswechsel der Einwohnergemeinde Moutier zum Kanton Jura beschäftigt. So hat sie das Konkordat sowie die im Zuge des Kantonswechsels notwendigen Gesetzesänderungen vorberaten. Im Anschluss an das parlamentarische Verfahren hat die SAK auch die dazugehörigen Abstimmungserläuterungen erarbeitet und verabschiedet. Am 22. September 2024 stimmten die Stimmberechtigten der Kantone Bern und Jura schliesslich dem Kantonswechsel zu.

Im Bereich der politischen Rechte war die SAK mit diversen Geschäften befasst. Neben Berichten zu Digitalisierungsmöglichkeiten der politischen Rechte hat sie die Gesetzesänderungen zur Einführung von Transparenzregeln bei der Finanzierung von kantonalen Wahl- und Abstimmungskampagnen vorberaten und sich mit den Regeln zur Berechnung der garantierten Grossratsmandate des zweisprachigen Wahlkreises Biel-Seeland auseinandergesetzt.

Weitere wichtige Themen waren die Informations- und Cybersicherheit, Gemeindefusionen, die Archivierung und die gesamtgesellschaftlichen Leistungen der Landeskirchen.

Im Jahr 2024 erarbeitete die SAK zwei Abstimmungserläuterungen mit insgesamt drei Abstimmungsvorlagen und verabschiedete diese jeweils in öffentlicher Sitzung.

Schliesslich nahm die SAK im Sinne der parlamentarischen Oberaufsicht gemäss Art. 39 Abs. 6 Bst. d der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) insgesamt fünf Aussenbeziehungsgeschäfte zur Kenntnis, die vom Regierungsrat in alleiniger Zuständigkeit abgeschlossen worden waren.

3.3 Sachbereichskommissionen

3.3.1 Bildungskommission (BiK)

Die Bildungskommission (BiK) führte im Jahr 2024 17 Plenumssitzungen und 17 Ausschusssitzungen durch. Zudem fanden bei den interparlamentarischen Kommissionen im Zuständigkeitsbereich der BiK 18 Sitzungen statt.

Im Hochschulbereich hat die Kommission die Geschäftsberichte der Universität, der pädagogischen Hochschule und der Fachhochschulen vorberaten. In Bezug auf die Hochschulimmobilien hat die BiK zusammen mit der Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK) eine Motion eingereicht, um den Regierungsrat zu beauftragen, eine Gesamtübersicht der Immobiliensituation zu erarbeiten. Des Weiteren hat die BiK die Jahresberichte der französischsprachigen pädagogischen Hochschule und der Hochschule Arc, die zusammen mit den Kantonen Jura und Neuenburg betrieben werden, und der Westschweizer Schulvereinbarung vorberaten. Die BiK hat zudem eine Wahl für die interparlamentarischen Kommissionen durchgeführt, um erstmals Grossratsmitglieder zu wählen, die nicht Mitglied der BiK sind. Dies wurde aufgrund einer Änderung von Artikel 40 Absatz 4 der GO möglich.

Die BiK hat sich im Berichtsjahr vertieft mit der Schulraumplanung auf Sekundarstufe II im Kanton Bern auseinandergesetzt und in diesem Zusammenhang verschiedene Expertinnen und Experten angehört. Dadurch konnte sie sich verstärkt bei wichtigen bildungsrelevanten Baugeschäften bei der vorberatenden Kommission einbringen.

Im Bereich der Kultur hat die BiK einen Projektierungskredit für die Gesamterneuerung des Historischen Museums sowie die Jahresrechnung des Kulturförderungsfonds vorberaten. Sie hat sich dazu auch in einer Retraite von verschiedenen Fachpersonen informieren lassen.

Weitere Themen waren die Bewilligung der Staatsbeiträge für den Verein Swiss Jazz School, der Geschäfts- und Finanzbericht des interregionalen Fortbildungszentrums Tramelan sowie diverse Konsultations- und Petitionsgeschäfte.

3.3.2 Gesundheits- und Sozialkommission (GSoK)

Die Gesundheits- und Sozialkommission (GSoK) hielt im Jahr 2024 18 Plenumssitzungen und 11 Ausschusssitzungen ab. Die Kommission verzeichnete im Berichtsjahr eine verhältnismässig tiefe Geschäftslast.

Der Schwerpunkt der Tätigkeit der GSoK lag auf der Spitalpolitik: Die schwierige finanzielle Lage sowie die unsichere Zukunft als eigenständige Institutionen haben dazu geführt, dass sich die GSoK intensiv mit den Universitären Psychiatrischen Diensten Bern (UPD) und insbesondere mit dem Rettungsschirm für liquiditätsbedrohte Spitäler befasst hat. Weiter hat die Kommission Kredite für Leistungen für Menschen mit Behinderungen und für die Digitalisierung des Gesundheitswesens vorberaten. Sie hat zu diversen Verordnungen Stellung genommen und verschiedene Informationstraktanden behandelt.

Ein Höhepunkt des abgelaufenen Jahres stellte der Austausch mit der aargauischen Kommission für Gesundheit und Sozialwesen dar. Der gegenseitige Austausch zum Gesundheits- und Spitalwesen wurde beidseits sehr geschätzt.

3.3.3 Bau-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK)

Die Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK) tagte 2024 an 26 Plenumssitzungen und 12 Ausschusssitzungen. Sie beriet 2 Berichte, 25 Kreditgeschäfte sowie 2 Erlasse vor.

Im Berichtsjahr hat die Kommission Kredite für bedeutende kantonale Bauvorhaben bewilligt. Zu den zentralen Projekten zählten beispielsweise die Kredite für den Campus der Berner Fachhochschule sowie für den Neubau der Justizvollzugsanstalt Witzwil. Der Neubau der Justizvollzugsanstalt soll auf dem Gelände der bestehenden und auch inskünftig weiterbetriebenen Justizvollzugsanstalt Witzwil realisiert werden. Nachdem der Grosse Rat 2023 den Kredit mit Auflagen zurückgewiesen hatte, wurde er 2024 angenommen.

Wie auch im Jahr 2023 war der Gegenvorschlag zur Solar-Initiative 2024 ein zentrales Thema der BaK. Die Kommission erachtet den überarbeiteten Gegenvorschlag als eine moderate und mehrheitsfähige Alternative zur Solar-Initiative. Im Februar 2025 wird die Berner Stimmbevölkerung über beide Vorlagen abstimmen.

Die BaK hat sich weiterhin mit dem Projekt «Avenir Berne romande» auseinandergesetzt. Aufgrund der statischen Mängel des Gebäudes «Tavannes Machines» musste der Grosse Rat dieses Jahr einen Zusatzkredit für die verbliebenen Mieter sprechen.

Weiter hat die BaK die Berichterstattung zur Umsetzung der kantonalen Energiestrategie zuhanden des Grossen Rates vorberaten. Die kantonale Energiestrategie verfolgt mittelfristig das Ziel der 4000-Watt-Gesellschaft. Alle vier Jahre überprüft der Regierungsrat die Energiestrategie und legt neue Massnahmen für die Zielerreichung fest.

3.3.4 Sicherheitskommission (SiK)

Die Sicherheitskommission (SiK) führte 2024 16 Plenumssitzungen und 8 Ausschusssitzungen durch.

Intensive Vorberatungen fanden insbesondere zum Bericht zur Auslagerung des Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamtes statt. Der Bericht wurde dem Grossen Rat auf dessen Wunsch ein zweites Mal vorgelegt, aber mit Auflagen zurückgewiesen. Weiter befasste sich die SiK mit den Änderungen des Bevölkerungsschutz- und Zivilschutzgesetzes, das in der Herbstsession 2024 vom Grossen Rat verabschiedet wurde. Im Bereich der Sportförderung befasste sich die Kommission mit einem Beitrag an die Boulderhalle in Ostermundigen und mit Beiträgen für die Legacy-Massnahmen im Rahmen der Women's Euro 2025. Die SiK setzte sich ausserdem intensiv mit den Herausforderungen im Justizvollzug auseinander.

Im Bereich der Polizei hat die SiK Kredite zur Erstausrüstung der Polizei und zum Botschaftsschutz sowie die Vereinbarung zur Harmonisierung der Informatik in der Strafjustiz zuhanden des Grossen Rates vorberaten. Zudem fand ein regelmässiger Austausch mit der Kantonspolizei zu Themen des Personalbestandes, zur Aus- und Weiterbildung sowie zu den Schwerpunkten der Arbeiten der Polizei statt.

4. Rechtsdienst Grosser Rat

Die Rechtsberatung umfasste im Berichtsjahr im Wesentlichen Arbeiten für das Büro des Grossen Rates und die Kommissionen. So unterstützte der Rechtsdienst das Büro bei der Ausarbeitung einer GO-Änderung bezüglich überwiesener grossrätlicher Prüf- und Rechtsetzungsaufträge; unter anderem ging es dabei um den Turnus beim Grossratspräsidium. Diese Änderungen traten am 1. Oktober in Kraft. Weiter erarbei-

tete der Rechtsdienst zuhanden des Grossratspräsidiums und des Büros die nötigen Unterlagen im Zusammenhang mit einem Gesuch der Staatsanwaltschaft an den Grossen Rat um Ermächtigung zur Strafverfolgung eines Regierungsratsmitglieds. Zudem unterstützte der Rechtsdienst den Ausschuss Prüfaufträge Parlamentsrecht (PrüfPar) bei seinen Arbeiten.

Die Rechtsberatung umfasste weiter rechtliche Abklärungen für die Kommissionen, etwa für die GPK bei der Vorberatung des Gesetzes über die Beteiligung des Kantons an der BLS AG, insbesondere in Bezug auf Fragen zur Oberaufsicht des Grossen Rates. Der Rechtsdienst nahm auch zu Belangen der Abstimmungserläuterungen Stellung. Weiter unterstützte er das Büro bei der Beantwortung parlamentseigener Vorstösse und tätigte allgemein die Rechtsberatung für das Präsidium, die Ratsorgane und die Ratsmitglieder in Verfahrens- und Rechtsfragen.

5. Betrieb

Der Bereich Betrieb stellte wie in den vergangenen Jahren die allgemeinen Dienstleistungen sicher, beispielsweise die Einsatzplanung der Redaktorinnen und Redaktoren, die Protokollierung und die Qualitätssicherung bei den Protokollen. Er ist zudem verantwortlich für das Prozessmanagement. Weiter obliegt ihm die Sicherstellung der Verfügbarkeit des elektronischen Geschäftsverwaltungs-/Sitzungsmanagements und der mobilen Sitzungsvorbereitung sowie deren Bewirtschaftung und Weiterentwicklung. Dazu gehört auch der entsprechende Support der Grossratsmitglieder, die Führung von Projekten oder Projektmitarbeit. Die vielen IT-Projekte führten bei der Digital-Managerin und dem Digital-Manager der Parlamentsdienste zu einer hohen Arbeitsbelastung.

Das Redaktionsteam entwickelte seine Arbeitsweise auch in diesem Jahr unentwegt weiter. Deshalb und auch dank dem Einsatz der automatisierten Transkription in den Sessionen konnte das Team die Abwesenheiten von Mitarbeitenden ohne zusätzliche Anstellungen auffangen.

Der Bereich Betrieb ist zudem zuständig für die Organisation und Durchführung von Besuchen und Anlässen des Grossratspräsidiums und des Büros. Im August war das Büro beim Solothurner Kantonsrat zu Gast. Zudem wurden wie gewohnt verschiedene Tagungen und Anlässe organisiert.

6. Weiteres

6.1 Wahlen ratseigener Organe und Wahlen der Gerichtsbehörden

Wiederum haben die Parlamentsdienste im Berichtsjahr eine grosse Zahl von Wahlen ratseigener Organe und der Gerichtsbehörden vorbereitet und den Grossen Rat, vorab die Stimmzählenden, bei der Auszählung unterstützt. Dabei konnten weitere Vereinfachungen bei der Produktion der Wahlunterlagen und der Auszählung durch die Stimmzählenden umgesetzt werden, die sich sehr bewährt haben.

6.2 Weitere Aufgaben

Der Grosse Rat, vorab das Büro und das Präsidium, durfte verschiedene Delegationen anderer Kantone (Luzern, Solothurn, Waadt) und von Partnerparlamenten aus dem Ausland (Grand Est, Frankreich; Provinz Sarawak, Malaysia; Regionalparlament Sizilien; Nationales Parlament Vietnam; Zypern) empfangen. Auch fand ein reger Austausch des Präsidiums mit diversen Botschafterinnen und Botschaftern statt.

Das Präsidium war aktiv an der Museumsnacht beteiligt und spielte mit den Besucherinnen und Besuchern im Grossratssaal eine Sequenz mit Abstimmung zum Sozialhilfegesetz durch.

Zudem fanden in Burgdorf das Treffen der Gross-, Kantons- und Landratspräsidien zum Thema der beruflichen Vorsorge von Ratsmitgliedern sowie in Köniz das Treffen der ehemaligen Grossratspräsidentinnen und -präsidenten statt. Die Vorbereitung und Durchführung dieser Anlässe oblag den Parlamentsdiensten.

Ferner fand zwischen den Parlamentsdiensten des Bundesparlaments sowie verschiedener Kantone und Städte ein reger fachlicher Austausch statt.